



„...jetzt reicht`s...“

Aktionstag in Ulm am 15. Juli 2023

Editorial

Erleben wir aktuell eine **Macht-Ergreifung von Global-Faschisten**...? Immer mehr Menschen spüren den Druck „von oben“ – und täglich wächst der Widerstand... Wagt es einer, dem herrschenden (z.B. „Klima“-)Narrativ zu widersprechen, fällt der Mob über ihn her, wie etwa am 2. Mai 2023 bei einer Veranstaltung im Ulmer Stadthaus.

Oder in Neu-Ulm, am 17. April 2023: Bei einer öffentlichen Veranstaltung der Stadt zum sog. „Klimaschutzkonzept“ Neu-Ulm gibt es im Saal substanziellen Widerspruch: Werden Starkwetter-Ereignisse, womit der sog. „menschengemachte Klimawandel“ begründet wird, gezielt herbeigeführt...? Die Antwort der Lokalpolitik: Wir machen`s trotzdem...

Hm... - wie lange sich die Bürger das noch gefallen lassen... ..?

Zustimmende Blicke und Gesten...

Unter dem Leitwort **„jetzt reicht`s - Demokratie statt Diktate“** gab es am dritten Juli-Samstag in Ulm eine öffentliche Protest-Aktion. Am Vormittag standen über 100 Menschen mit Schildern in der Bahnhofstraße, am frühen Nachmittag waren es dann um die 500, die sich, von Trommeln begleitet, auf den Weg durch die Innenstadt machten. Als Erfolg sahen die Veranstalter, die Unternehmerin für die Profi-Pflege, Katharina Jansen sowie Marcel Dold von „Kinder stehen auf“, dass trotz brütender Hitze so viele gekommen waren.

„Wer zur Politik schweigt, stimmt zu“, „Nein zum Krieg, Ja zum Frieden“, „Nur die Diktatur braucht Zensur“, „NEIN zur Verarmung“, „Ohne CO2 gäbe es keine Photosynthese und somit kein Leben auf der Erde“, „Frieden beginnt im eigenen Herzen“, „Stoppt Frühsexualisierung von Kindern“, „Wie lange willst DU noch schweigen?“ – war zu lesen auf den Schildern der Bürger, die friedlich entlang der Bahnhofstraße standen. Passanten blieben mitunter stehen und suchten den Dialog, auch gab es zustimmende Blicke und Gesten.

Schilder-Aktion und Aufzug durch die Stadt könnten insgesamt mehr als 1000 Menschen erreicht haben, die in der Stadt unterwegs waren oder aus ihren Fenstern schauten und von dem Protestzug nicht selten sogar Handy-Videos anfertigten. „Mehrheitlich haben die Menschen mit Zurückhaltung reagiert“, sagte Dold, „es gab auch viele, die unser Winken freundlich oder gar begeistert erwidert haben“.

„Gleichschaltung“

Als einer der ersten Redner hatte Dr. Christina Baum das Wort. Die Bundestagsabgeordnete sprach an, dass hinter den teilweise schon umgesetzten Maßnahmen, wie „Klimaschutz“, „15-Minuten-Städte“ oder Sozial-Kredit-System, eine „große Agenda“ stehe. Dabei nähmen die Medien „eine Schlüsselrolle“ ein. Spontan brandete Beifall auf, als sie kritisierte, dass die Kinder durch die Gender-Ideologie misshandelt werden: „Sie sollen nicht mehr wissen, ob sie Männlein oder Weiblein sind.“ Frau Baum setzte Begriffe aus der Totalitarismus-Forschung ein, indem sie etwa die „Gleichschaltung“ durch internationale NGOs ansprach und dadurch das derzeitige Global-Regime mit totalitären Staaten der Geschichte auf eine Stufe setzte. Sie warnte: „Jede Unfreiheit des Menschen beginnt mit dem Verlust der Meinungsfreiheit“.

Und in der Tat war erst vor Jahresfrist der Ulmer Kommunikationstrainer Dr. Daniel Langhans in Hannover daran gehindert worden, seine Meinung über den Ukraine-Konflikt gemäß Art. 5 GG „frei zu äußern und zu verbreiten“. Am 14.5.2022 hatte er den – auch in öffentlich-rechtlichen Medien berichteten - national-sozialistischen Hintergrund sowohl des 2014er-Putschs als auch der aktuellen Regierung in der Ukraine unverblümt angesprochen und die sofortige Einstellung jeder Kooperation mit dem Ukro-faschistischen Regime gefordert.

Sein Strafantrag gegen die Einsatzkräfte, die ihn am 14.5.2022 von der Bühne abgeführt hatten, war nach wenigen Monaten niedergeschlagen und - umgekehrt - gegen ihn ein Strafbefehl erlassen worden. Medien aus der Ulmer Region hatten über dieses Verfahren berichtet, ohne zu erwähnen, dass bislang nicht einmal ein rechtskräftiges Urteil vorliegt. In seinem Beitrag am Samstag griff Langhans den bevorstehenden „Digital Services Act“ (DSA) auf EU-Ebene auf, mit dem BigTech-Konzerne (Youtube, facebook) zur Zensur verpflichtet werden; unter Beifall rief er aus: „Die EU-Kommission ist keine demokratisch gewählte Institution, und wir lassen uns von denen nichts sagen!“

„grob übergriffig“

Rechtsanwalt Edgar Krein erinnerte daran, dass Maßnahmen von den Politikern zuerst als „alternativlos“ verkauft und am Ende gleichwohl als „Schwachsinn“ abgetan wurden, wie auch der Evaluationsbericht der Bundesregierung Ende 2022 gezeigt habe: „Was die letzten drei Jahre passiert ist, war grob übergriffig und gehört ordentlich - auch strafrechtlich – aufgearbeitet.“ An eine private Organisation wie die WHO die Grundrechte der Bürger zu übertragen, sei mit dem Grundgesetz nicht vereinbar. „Was sich als Diktatur am Horizont abzeichnet, ist eine Katastrophe – eine Versklavung der Menschheit!“ Die Medien seien zu „Propagandamaschinen“ degeneriert, mit dem Mittel der „Lüge“, die „in der Politik inzwischen omnipräsent“ sei.

Dr. Heinrich Fiechtner, bis 2021 Landtagsabgeordneter, bezeichnete die WHO als „genauso korrupt wie die UN“. „Für meine Gesundheit bin ich allein zuständig“, sagte er; eine „Volksgesundheit“ gebe es nicht – wie es auch im NS-Staat eine solche nie gegeben habe. Leidenschaftlich rief er aus: „Wollt Ihr wirklich in diesem erbärmlichen Abhängigkeitszustand Euer Leben fristen...?“

„Mir reicht`s schon lang!“, begann Carina Gehring ihren feurigen Beitrag. Als Mitglied der Neu-Ulmer Landkreis-Initiative „UNTERNEHMER_aktiv“ kritisierte sie, dass viele Rentner gezwungen werden, Flaschen zu sammeln – obwohl wir „für jeden Scheiß Steuer zahlen“. Deutschland habe sich aus dem Ukraine-Krieg herauszuhalten. Zur Beseitigung der Korruption äußerte sie den konkreten Vorschlag: „Politiker sollten mit ihrem Privatvermögen haften“.

Katharina Jansen berichtete von ihren Erfahrungen als Unternehmerin in der freien Pflege: „Was in den Seniorenheimen abläuft – es ist schrecklich!“ Die Fachlichkeit bleibe auf der Strecke, ebenso die Menschlichkeit; vielerorts gehe es nur um`s Abkassieren. Ein Heimplatz in Pflegestufe 5 für 4500 EUR müsse überwiegend von den Senioren selbst bezahlt werden. Pflegeheime würden geschlossen – nicht selten zu dem Zweck, um Platz für Migranten zu schaffen. „Wie krank ist dieses System! Wir werden einfach nur vernichtet..“

Auch ein Podiumsgespräch gab es, über konkrete Hilfen für die vielen Menschen, die nach der C-Spritze bleibende Schäden davongetragen haben, und eine kraftvolle Abschluss-Rede von Waldemar Gille (Braunschweig).

Hinweise

Ulmer Homepage „jetzt reicht`s“: www.jetzt-reicht-ulm.de

Profi-Pflege Katharina Jansen: <https://profi-pflege-mit-frieden-im-herzen.de/>

„Das freie Wort“ / „Werte für die Wirtschaft“: www.profi-akquise.de

Grundgesetzwidriges Eingreifen der Polizei am 14.5.2022 in Hannover: <https://www.bitchute.com/video/d0l92yZBuNyb/>

Bürger-Dialog in Neu-Ulm, 17.4.2023: <https://nu.neu-ulm.de/aktuelles/aktuell-detail/article/startschuss-neu-ulmer-klimaschutzkonzept-wird-erarbeitet> / <https://www.youtube.com/watch?v=kfyklz8Gbt0>

Bürger-Dialog in Ulm, 2.5.2023: https://www.unw-ulm.de/?mailpoet_router&endpoint=view_in_browser&action=view&data=WzE0MSwiOTg5MWYxMWEwYmYzliw4ODQslnA3ajlqYWI6djAwb3N3MDR3d2dnMDBzbzRzb2MwNDBzliwxMTAsMF0 / https://www.youtube.com/watch?v=tM-O_VFpdds

zum Vormerken

**jetzt
reicht`s
Aktionstag
am 19.8.2023**



Impressum

Herausgeber: Profiakquise Dr. Langhans GmbH / Riedweg 63, 8981 Ulm / info@profi-akquise.de / Verantwortlicher Redakteur: Dr. Daniel Langhans / Erscheinungsweise: in loser Folge: Ausgabe 1 (7/2008), Ausgabe 2 (3/2013), Ausgabe 3 (2/2014:), Ausgabe 4 (10/2014), Ausgabe 5 (9/2021). „Das freie Wort“ hieß ein **Kongress von 900 Demokraten**, der nach Errichtung der national-sozialistischen Diktatur am 19. Februar 1933 in Berlin stattfand. Die Versammlung wurde durch „Ordnungskräfte“ der neuen Machthaber mit Gewalt beendet (aus: www.wikipedia.de). – Im Jahr 2021 werden regierungskritische Kundgebungen aus politischen Gründen (z.B. am 1., 29.8. in Berlin) verboten. – Die Frage an jeden Demokraten lautet:

Globalitäre Diktatur oder Rechtsstaat + Demokratie?